

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
67. Sitzung

25.10.1989
he-sz

3 Aktuelle Viertelstunde

hier: Gesundheitliche Auswirkungen des Flugzeugabsturzes am
8. Dezember 1988 auf die Bevölkerung in Remscheid?

Ministerialrat Dr. Weber berichtet, die Bevölkerung in Remscheid sei offenbar sehr beunruhigt über in jüngster Zeit aufgetretene Fälle von Hauterkrankungen im Bereich der Absturzstelle. Es sei sogar ein Fall von Leukämie bei einem Kind und ein Fall von Haar- ausfall bei einer Frau gemeldet worden.

In Zusammenarbeit mit der Stadt Remscheid gehe der Minister der Sache intensiv nach. Heute morgen sei - im Einvernehmen mit dem Umweltminister - entschieden worden, sämtliche Experten im Land einzusetzen, um so schnell wie möglich zu einer Klärung zu kommen.

Bedauerlicherweise habe der Bundesverteidigungsminister trotz zweimaliger Anfrage der Stadt Remscheid noch nicht mitgeteilt, welche Stoffe in dem abgestürzten Flugzeug gewesen sein könnten. Eine dritte Anfrage sei heute herausgegangen.

Auf die Frage des Abg. Ruppert (F.D.P.), ob es Anhaltspunkte gebe, in welche Zielrichtung untersucht werden solle, fährt Ministerialrat Dr. Weber fort, im Augenblick gebe es lediglich die geschilderten Erscheinungen, die die Bevölkerung wie die Stadt und das Ministerium beunruhigten, die den Verdacht nahelegten, daß sie ursächlich etwas mit dem Flugzeugabsturz zu tun haben könnten.

Weil eben Genaueres nicht bekannt sei, sei für die Untersuchungen alles, was auf diesem Gebiet Rang und Fachkompetenz habe, mobilisiert worden. Die Untersuchungen würden natürlich erleichtert, wenn die militärischen Stellen dezidiert Auskunft gäben, welche Stoffe in dem Flugzeug gewesen seien.

Abg. Kupsi (SPD) findet es unverständlich, daß das Verteidigungsministerium die erbetenen Auskünfte nicht erteile, sondern die Experten bei den Untersuchungen im dunkeln tappen lasse. Er frage sich, ob die Landesregierung nicht mit mehr Nachdruck die notwendigen Auskünfte erbitten könne.

Er gehe davon aus, hebt Minister Matthiesen hervor, daß der federführende Gesundheitsminister mit dem ihm möglichen Nachdruck auf die zuständigen militärischen Stellen eingewirkt habe und auch noch einwirken werde. Ob es darüber hinaus Probleme mit den Alliierten gebe, entziehe sich seiner Kenntnis.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
67. Sitzung

25.10.1989
he-sz

Die Wirkungen von Kerosin und dessen Inhaltsstoffen seien nicht unbekannt. Probleme bereiteten die Untersuchungen wegen der anderen Stoffe, die möglicherweise in dem Flugzeug gewesen seien, über die aber keine Angaben vorlägen. Hier tappten eben auch die Fachleute im dunkeln.

Abg. Stump (CDU) ruft in Erinnerung, daß sich seinerzeit der Landtag aufgrund einer Dringlichen Anfrage mit diesem Unglück befaßt habe, vgl. Plenarprotokoll 10/96. Er habe damals die Information bekommen gehabt, daß sich an Bord der Maschine lediglich Raketenhülsen ohne Inhaltsstoffe befunden haben sollten. Es würde ihn sehr wundern, wenn sich nachträglich herausstellte, daß diese Information irreführend gewesen sei.

Interessieren würde ihn außerdem, ob der Bundesverteidigungsminister die erbetenen Auskünfte von sich aus nicht gebe oder ob er sie nicht geben könne, weil er sie von den Alliierten nicht bekomme.

Diese Frage könne er nicht beantworten, bedauert Ministerialrat Dr. Weber, weil bislang überhaupt keine Mitteilung aus Bonn eingegangen sei. Deswegen kämen ja auch Spekulationen auf, welche Stoffe möglicherweise außer den bekannten Inhaltsstoffen im Kerosin und im Hydrauliköl im Flugzeug gewesen seien. Alle Verdachtsmomente würden von Toxikologen, Dermatologen, Internisten und Laboranalytikern untersucht.

Abg. Dr. Lichtenberg (CDU) erkundigt sich nach dem Kreis der Betroffenen und der örtlichen Abgrenzung.

Es seien Anwohner, die unmittelbar unterhalb der Absturzstelle, einer Hanglage, ihre Gärten hätten, gibt Ministerialrat Dr. Weber an, die in ihren Gärten auch Teile der Maschinen gefunden hätten.

Es müsse noch untersucht werden, ob die in diesem Bereich aufgetretenen Hauterkrankungen auch woanders festgestellt worden seien. Jedenfalls gäben die Erkrankungen in diesem kleinen Gebiet in dieser Häufigkeit zu großer Sorge Anlaß.

Üblicherweise fahre bei derartigen Unglücksfällen sofort ein Meßwagen der LIS an den Ort des Geschehens, konstatiert der Vorsitzende. Er möchte wissen, ob auch nach Remscheid ein solcher Meßwagen gefahren sei.

Normalerweise werde die LIS in solchen Fällen sofort alarmiert, bestätigt Minister Matthiesen. Er sei im Augenblick überfragt, wie die Handhabung bei militärischen Unfällen sei.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
67. Sitzung

25.10.1989
he-sz

Zumindest bei den jetzigen Untersuchungen seien im Einvernehmen mit dem MURL sowohl die LIS als auch das LWA eingeschaltet, fügt Ministerialrat Dr. Weber hinzu. Darüber hinaus würden Bodenproben in Münster geprüft; die Ergebnisse seien für heute avisiert.

Der Ausschuß nimmt diese aktuelle Information zur Kenntnis.

4 Beendigung der Verhandlungen mit Triple Five über den Bau des sogenannten "World Tourist Center" in Oberhausen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/4365
Vorlage 10/2263

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 10/2263. Die Landesregierung habe am 20. Juni 1989 beschlossen, das Projekt "World Tourist Center" in der beabsichtigten Form nicht zu genehmigen. Der federführende Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie habe daher den Antrag der F.D.P. für erledigt erklärt.

Er nehme an, daß dieser Ausschuß ebenso befinde.

Der Antrag Drucksache 10/4365 wird vom Ausschuß ohne Diskussion für erledigt erklärt.

5 Entwurf eines Gesetzes über die Linksniederrheinische Entwässerungs-Genossenschaft (Linksniederrheinisches Entwässerungs-Genossenschafts-Gesetz - LINEGG)

Drucksache 10/4631

Wie bereits die vorhergehenden Wasserverbandsgesetze sei der obengenannte Gesetzentwurf diesem Ausschuß federführend zur Beratung zugewiesen worden, legt der Vorsitzende dar. Der Ausschuß habe sich schon in seiner Sitzung am 6. September 1989, AP 10/1294, darauf verständigt, angesichts derselben Problematik wie bei den anderen Wasserverbandsgesetzen auf eine zusätzliche Anhörung zum LINEGG zu verzichten.

Unter diesen Prämissen nehme er an, daß in der heutigen Sitzung das weitere Verfahren geklärt und die Sachberatung aller fünf inzwischen vorliegenden Wasserverbandsgesetze gemeinsam durchgeführt werde.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
67. Sitzung

25.10.1989
he-sz

Zwischenzeitlich habe ihm der Sprecher der SPD-Fraktion mitgeteilt, daß die abschließende Beratung dieser Gesetzentwürfe für die Sitzung des Ausschusses am 29. November 1989 ins Auge gefaßt werden solle.

Die Vereinbarung, keine weitere Anhörung durchzuführen, stehe selbstverständlich unter dem Vorbehalt, entgegnet Abg. Stump (CDU), daß keine gravierenden Änderungen zu erwarten seien.

Unabhängig davon halte er es für ausgeschlossen, sämtliche fünf umfangreichen Gesetzentwürfe in einer einzigen Ausschusssitzung und dann auch noch abschließend zu beraten, zumal verfassungsrechtliche Bedenken, die bereits bei der Einbringung deutlich gemacht worden seien, noch nicht ausgeräumt seien.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob die SPD-Fraktion solche gravierenden Änderungen schon konkretisieren könne. Das wäre für das Beratungsverfahren insgesamt hilfreich.

Die Vereinbarung, keine weitere Anhörung durchzuführen, beziehe sich auf den Gesetzentwurf der Landesregierung, wie er vorgelegt sei, verdeutlicht Abg. Wendzinski (SPD). Eine ganz andere Frage sei das Verfahren der parlamentarischen Beratung. Sofern sich im Zuge dieses Verfahrens herausstellen sollte, daß zu gravierenden Änderungen doch noch eine Anhörung für nötig gehalten werde, müsse darüber politisch entschieden werden.

Zusätzlich macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Vereinbarung im Ausschuß getroffen worden sei, bevor der Gesetzentwurf im Plenum eingebracht und an den Ausschuß überwiesen gewesen sei. Insofern liege kein förmlicher Beschluß vor.

Einen konkreten Anhaltspunkt dafür, daß erhebliche Änderungen beabsichtigt seien, sieht Abg. Menge (CDU) in der Zuschrift 10/3011 der LINEG. Er verweise insbesondere auf den zweiten Absatz auf Seite 2 dieser Stellungnahme. Irgendwoher müsse die LINEG dies ja erfahren habe.

Bislang gebe es lediglich eine konkrete Aussage seitens der SPD für eine erhebliche Änderung, betont Abg. Wendzinski (SPD); das sei die im Plenum vorgetragene Absicht, den Ruhrverband und den Ruhrtalsperrenverein zusammenzulegen.

Im übrigen gebe es inzwischen eine Fülle von Zuschriften, die natürlich jeweils die Interessenlage des stellungnehmenden Verbandes zum Ausdruck brächten.